Erläuterungen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0037/2013

Entscheidung über anstehende Baumaßnahmen bei Tageseinrichtungen für Kinder im Kreisjugendamtsbezirk

Beratungsfolge: 06.03.2013 Jugendhilfeausschuss	
Finanzielle Auswirkungen:	ja
Leitbildrelevanz:	3.1 Familie und Jugend
Inklusionsrelevanz:	

Aus der Anlage zu Tagesordnungspunkt 3 sind die ausstehenden Baumaßnahmen ersichtlich. Die Verwaltung des Jugendamtes wird in der Sitzung die einzelnen Baumaßnahmen erläutern.

Der Kreistag hat am 27. März 2012 nach vorheriger Beratung und Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss beschlossen, 2 Mio. Euro Kreismittel für den Ausbau von U3-Plätzen zur Verfügung zu stellen. Zur Wahrung der Refinanzierung wurde das Land zweimal gebeten, die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu erteilen (§ 44 Landeshaushaltsordnung). Da das Land die Zustimmung bisher nicht erteilte, wurden keine Kreismittel bewilligt.

Im Nachhinein erwies sich diese Vorgehensweise der Verwaltung als richtig. Im Rahmen der Umsetzung des Fiskalpakts hat der Bund weitere Finanzmittel von ca. 580 Mio. Euro für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt. Nordrhein-Westfalen erhält hiervon ca. 126 Mio. Euro.

Das Kreisjugendamt erhält als 1. Tranche 314.800,00 Euro. Dem Landesjugendamt mussten hierzu entscheidungsreife Anträge mitgeteilt werden. Es handelt sich hierbei um die Baumaßnahmen der Ziffern 1 und 8. Die Zuteilung der 1. Tranche durch das Landesjugendamt soll im März 2013 erfolgen.

Darüber hinaus dürfte der Kreis als 2. Tranche ca. 300.000,00 Euro erhalten. Mit diesen Bundesmitteln sollen die Maßnahmen 3, 6 und 7 gefördert werden.

Das Land hat dem Kreisjugendamt für 2013 eine weitere „fachbezogene Pauschale“ von 209.920,00 Euro bewilligt. Dieser Betrag wurde bereits für eine Baumaßnahme bewilligt.

Hätte der Kreis ohne Zustimmung des Landes die Kreismittel sofort nach dem Beschluss eingesetzt, wären ca. 824.000,00 Euro verloren gewesen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses war nicht voraussehbar, dass weitere Fördermittel bereitgestellt werden.

Nunmehr gilt für die Bundesmittel die Zustimmung zum Maßnahmenbeginn als erteilt, wenn Baumaßnahmen nach dem 1. Juli 2012 begonnen werden.

Ob weitere Landesmittel bereitgestellt werden, ist unwahrscheinlich.

Die Verwaltung des Jugendamtes spricht sich dafür aus, nunmehr die in der beigefügten Aufstellung ausgewiesenen Kreismittel zu bewilligen. Das Land sollte nach Abschluss der Baumaßnahmen aufgefordert werden, die Kreismittel im Rahmen der Konnexität zu erstatten. Sofern das Land eine Erstattung ablehnt, womit zu rechnen ist, wäre der Klageweg zu prüfen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Die ausgewiesenen Kreismittel werden für den U3-Ausbau bewilligt.
2. Nach Abschluss der Baumaßnahmen wird beim Land Kostenerstattung im Rahmen der Konnexität beantragt.
3. Bei Ablehnung der Kostenerstattung ist zu prüfen, ob Klage erhoben werden soll.